



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Frankreichs Kriegsziel

Bainville, Jacques

Hamburg, 1939

10. Kapitel: Die Stellung Frankreichs

[urn:nbn:de:hbz:466:1-74607](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-74607)

10. Kapitel

Die Stellung Frankreichs

Nachdem wir während des Krieges 25 Verbündete und Assoziierte gehabt hatten, fand Frankreich im April 1920 nur Belgien bereit, mit ihm nach Frankfurt zu gehen, und es hat überhaupt niemanden gefunden, der sein polnisches Unternehmen vier Monate später unterstützt oder auch nur gebilligt hätte. Wenn bei Warschau eine Katastrophe eingetreten wäre, so wäre unsere Isolierung vollständig gewesen. Eine günstige Wendung trat erst nach der Rettung Polens ein. Diese Erfahrung sollte uns als Richtschnur für unsere Außenpolitik dienen.

Obwohl wir eine Armee unterhalten und unserer nationalen Verteidigung ungeheure Beträge opfern müssen, sind wir gezwungen, Garantien und politische Sicherheiten im Auslande zu suchen. Trotzdem wir über Deutschland gesiegt haben und die Überlegenheit genießen, die der Sieg mit sich bringt, befinden wir uns in einer Lage, die sich nicht wesentlich von der unterscheidet, in der wir uns nach 1870 befanden. Damals mußten 21 Jahre verfließen, bis wir eine noch recht unvollkommene und unbestimmte Militärkonvention mit Rußland erreichten. Wir brauchten weitere zwölf Jahre, um die Annäherung an England zu vollziehen; diese Annäherung war 1914 noch nicht einmal abgeschlossen, da es damals kein ordnungsmäßiges französisch-englisches Bündnis gab. Im neuen zerstückelten Europa wird die

Suche nach Bundesgenossen für uns nicht leichter sein, vielleicht sogar schwieriger.

Die deutsche Frage beherrscht weiterhin die Politik und zeichnet ihr den Weg vor. Wenn man von Belgien absieht, so ist die deutsche Frage für niemand so gestellt wie für uns. Im Jahre 1871 hat die Errichtung des Deutschen Reiches keine der europäischen Großmächte beunruhigt oder auch nur verstimmt. England sah infolge eines tragischen Irrtums in ihr ein Pfand des kontinentalen Gleichgewichts und darum einen Grund zur Freude. Warum soll es sich heute beunruhigen, wo Deutschland besiegt ist und alle Vorkehrungen getroffen sind, damit es auf lange Zeit nicht mehr als Rivale zur See auftreten kann? Wir werden nur solche Völker als Verbündete finden, die wie wir das Bedürfnis haben, sich gegen ein mögliches Erstarken des Deutschen Reiches zu schützen und sich zugleich stark genug fühlen, um einen Konflikt mit ihm zu wagen. Das ist noch nicht alles. Wir werden uns darüber hinaus gegen ein russisch-deutsches Bündnis zu sichern haben, das einstweilen freilich nur eine Möglichkeit darstellt, die man aber vorsichtigerweise als wahrscheinlich betrachten sollte. Das steigert natürlich die Schwierigkeit, Partner zu finden, die bereit sind, dieses doppelte Risiko zu laufen. Das Beispiel des August 1920 beweist uns, daß Polen bei einem Angriff Rußlands, mit einem feindlichen Deutschland im Rücken, nicht die geringste Hilfe bei seinen Nachbarn gefunden hat. Wir mußten ihm zur Hilfe eilen; das ist aber die Art von Bündnis, von der man sich möglichst fernhalten sollte. Denn es würde sich begreiflicherweise genau dasselbe abspielen, wenn Polen eines Tages von Deutschland angegriffen wird, während Rußland sich bereit hält, durch einen Dolchstoß von hinten Nutzen aus seinem Zusammenbruch zu ziehen.

Der Weg Deutschlands ist klar vorgezeichnet. Seine Befreiung und seine Revanche wird ihren Ausgang vom Osten nehmen. Wenn wir nicht entschlossen in dem Augenblick einschreiten, wo es versuchen wird, seine Ostgrenzen wiederherzustellen, wenn wir die verhängnisvolle Zurückhaltung Napoleons III. bei der Schlacht von Königgrätz wiederholen, dann wird ein Jahr, zehn Jahre oder zwanzig Jahre später die Gefahr an unsere eigene Türe klopfen. Aber im Falle eines zweiten Königgrätz müssen wir, insbesondere wenn die von Deutschland gewählte Gelegenheit günstig und die diplomatische Vorbereitung des Gewaltstreiches geschickt ist, darauf gefaßt sein, allein oder fast allein zu stehen und uns vielleicht sogar der Mißbilligung auszusetzen. Diese Isolierung und diese Mißbilligung sind geradezu vorbestimmt durch den Garantiepakt, der dem Vertrag von Versailles angehängt wurde und den übrigens bisher weder England noch die Vereinigten Staaten ratifiziert haben. Diese Garantie ist uns nur für den Fall eines „nicht provozierten Angriffes“ und für keinen anderen zugesagt. Das heißt, sie setzt einen unmittelbar gegen Frankreich gerichteten Angriff voraus. Selbst dann würden unsere Garanten, wenigstens wenn die Lage nicht ebenso unzweideutig wie 1914 ist, zunächst eine Umfrage und Parlamentsdebatten veranstalten, ehe sie uns zu Hilfe kommen. Das bedeutet, daß ein durch eine Emscher Depesche geschickt manipulierter Angriff uns keinen Anspruch auf diese sehr bedingte Garantie gewähren würde.

Ein indirekter Angriff, dessen Opfer ein uns befreundetes und verbündetes Land wäre (man denke vor allem an das stets gefährdete Polen), eine Annektion, gar wenn sie sich ohne Anwendung von Gewalt vollzöge (wie etwa in Österreich), die in gefährlicher Weise das Gebiet und die Kräfte Deutschlands vermehrte — alle diese Fälle, deren Rück-

wirkungen wir doch zu spüren bekommen werden, wenn wir untätig bleiben, fallen unter die Kategorie derer, in denen wir wegen unserer Intervention als die Angreifer betrachtet werden würden. Es bliebe uns nichts anderes übrig, als kühn Partei zu ergreifen und der Welt zu erklären, daß man den Fehler von 1866 nicht wiederholen dürfe, wenn man ihr ein 1914 ersparen wolle.

Die zukünftigen Schwierigkeiten werden, soweit sie sich bereits jetzt abzeichnen, einen doppelten Charakter haben. Zunächst: sie werden immer größer werden. Die Gefahr wird anfänglich nur sehr geübten Augen und sehr scharfsichtigen Menschen erkennbar sein. Die Massen werden sie nicht empfinden, und die Regierungen werden versucht sein, sie abzuleugnen. Zweitens: diese Schwierigkeiten werden vor allen Dingen auf dem Festland auftreten. Auf den Meeren Europas gibt es für das englische Weltreich keine ernsthafteste Konkurrenz zur See mehr. England wird darum geneigt sein, sich an den kommenden Konflikten zu desinteressieren, so lange sich kein Zwischenfall ereignet, der die Meerengen und Konstantinopel in Mitleidenschaft zieht.

Man lebt immer noch in dem Glauben, daß das Bündnis-system des Weltkrieges fort dauern werde. Das wäre wünschenswert, aber höchst unnatürlich. Eine Koalition, insbesondere von so umfassender Art, kann die Bedingungen nicht überdauern, die sie geschaffen haben. So viele Völker können nicht die gleichen Gesichtspunkte beibehalten und nur ein Interesse kennen. Das Interesse Frankreichs ist, seine Zahlungen von Deutschland zu erhalten und ihm gegenüber in Sicherheit zu sein. Bündnisse mit Ländern, die nicht in gleichem Maße wie wir Grund haben, die deutsche Frage als das Hauptproblem zu betrachten, Bündnisse, die uns nötigten, auf einen Teil unserer Rechte zu verzichten, wären sehr beschwerlich. Sie würden für uns eine Abhängig-

keit schaffen oder aber sie würden nur unter ständigen Reibungen funktionieren. Das ist noch nicht alles. Wir brauchen Verbündete, die die deutschen Angelegenheiten mit den gleichen Augen wie wir ansehen. Aber wir müssen auch dafür sorgen, daß unsere Bündnisse nicht derart sind, daß sie Deutschland seinerseits Verbündete zuführen. Ohne die hartnäckige Wiederholung zu scheuen, haben wir bereits darauf hingewiesen, daß unsere Option für Polen die Gefahr einer deutsch-russischen Verbindung vergrößert. Diese Gefahr darf nicht anderswo wiederholt werden. Eines Tages kann ein Syndikat der Besiegten und der Unzufriedenen in Erscheinung treten, das ungleich aktiver und ungleich leichter zu bilden wäre als ein Syndikat der Sieger und Nutznießer. Man muß sich daran erinnern, daß der Krieg von 1914 so lange gedauert hat und der Sieg so schwierig, so kostspielig und so spät war, weil die Politik der Entente außerstande war, den gegnerischen Bloß anders als mit den Waffen zu sprengen. Darum muß man vor allen Dingen vermeiden, diesen Bloß wiederherzustellen, freilich auch zugleich, uns die Staaten zu entfremden, die mit uns zusammengehalten haben, aber weniger Forderungen an Deutschland als an Ungarn oder Bulgarien haben. Das ist eine sehr unerfreuliche Aufgabe. Daß wir alle diese Staaten auf unserer Seite haben könnten, ist bestimmt ein Trugbild. Noch trügerischer wäre die Hoffnung, daß wir sie alle mit ihren ehemaligen Gegnern versöhnen könnten und daß Frankreich eine väterliche Schutzherrschaft über die Familie der kleinen und mittleren Staaten ausüben könne. Der Ausweg muß für uns in dem Versuche bestehen, gruppenweise Ausöhnungen herbeizuführen, wobei es vor allen Dingen darauf ankäme, einem mitteleuropäischen Bloß unter der Führung Deutschlands zuvorzukommen und die Linie Berlin—Wien—Buda-

pest—Sofia zu durchschneiden. Unzweifelhaft wäre eine Abspaltung Bulgariens von der gegnerischen Koalition für uns zweckmäßiger gewesen als das Bündnis mit Rumänien; selbst diesem hätte sie mehr Nutzen gebracht. Unter solchen Umständen muß man seine Wahl zu treffen wissen. Ähnlich wäre eine neutrale, möglicherweise sogar feindliche Tschecho-Slowakei einem deutsch-ungarischen-mitteuropäischen System noch vorzuziehen. Eine solche Wahl ist sehr heikel. Man darf sie nicht leicht nehmen. Es ist besser, hierin die Initiative zu ergreifen als die Dinge auf sich zukommen zu lassen. So werden wir, um noch ein Beispiel anzuführen, es niemals erreichen, daß Ungarn sich in gleicher Weise allen drei Ländern nähern wird, denen es Gebiete hat abtreten müssen. Indessen gebietet ihm sein eigenes Interesse, diese drei Nachbarn nicht dauernd im gleichen Mißtrauen und in der gleichen Feindseligkeit gegen sich zu vereinigen; es muß sich also mit dem einen oder mit dem anderen aussöhnen. Wie nun auch die Sympathien und Abneigungen beschaffen sein mögen, die man haben kann, so ist für das nüchterne Urteil klar, daß eine Verständigung der Ungarn, Rumänen und Bulgaren, wenn sie unter unserer Obhut zustande käme, eine wirkliche Sperre bilden würde. Sie würde der Barriere überlegen sein, die durch die Friedensverträge errichtet worden zu sein scheint, weil sie besser zusammengeschlossen wäre und sich in besserer Stellung befände, während die durch die Verträge vorgezeichnete Entente zum mindesten den Fehler hat, weit auseinander zu liegen und einem feindlichen Block wie 1914 die berühmten „inneren Linien“ zu überlassen.

*

Wir haben nur einige Seiten des Bündnisproblems beleuchtet. Wir müssen noch eine zusammenfassende Wiederholung versuchen.

Zunächst Deutschland. Wir müssen mit seinem dauernden bösen Willen rechnen, der vermutlich im gleichen Maße anwachsen wird, wie Deutschland sich wiedererhebt und kräftigt. Wir müssen es überwachen, uns vor seinen Listen und seinen offensiven Gegenstößen hüten und zum mindesten bereit sein, es zur Erfüllung seiner wichtigsten Verpflichtungen zu zwingen. Diese Aufgabe wird eine angespannte Aufmerksamkeit und langdauernde Anstrengung erfordern. Unsere Außenpolitik bleibt endgültig durch die deutsche Frage bestimmt. Das mußte der Fall sein, sowie wir die Nachbarn eines geeinten Deutschlands wurden, auf das wir keinen Einfluß ausüben und demgegenüber wir nur von einer Seite und durch eine befristete Besetzung eine Handhabe zur Einwirkung haben, eines Deutschlands endlich — und das ist der unermüdlich wiederholte Kehrreim dieses Buches —, das zwanzig Millionen Einwohner mehr zählt als wir.

Die Überwachung Deutschlands, die, wenn nicht unbeschränkte, so doch wenigstens teilweise Durchführung des Vertrages von Versailles, wird fast unsere gesamte Energie und fast alle unsere Kräfte während der kommenden Jahre in Anspruch nehmen. Einem geeinten Deutschland gegenüber ist nicht nur eine wirkliche Verständigung, sondern selbst eine Entspannung ausgeschlossen, solange wir nicht auf unsere elementarsten Forderungen, einschließlich derjenigen unserer Sicherheit, Verzicht leisten. Es ist zwecklos, sich mit dieser Annahme aufzuhalten. Es ist sogar gefährlich, auch nur in Gedanken mit ihr zu spielen. Die französischen Urheber des Versailler Vertrages handelten folgerichtig, als sie, nachdem sie die deutsche Einheit aufrechterhalten hatten, nach einer Garantie gegen die fortdauernde Gefahr suchten und den Fall eines neuen Angriffs ins Auge faßten.

Clemenceau glaubte, wie erwähnt, diese Garantie bei den Vereinigten Staaten und England gefunden zu haben. Um sie zu erhalten, hat er den amerikanischen und englischen Auffassungen bedeutende Zugeständnisse gemacht. Jedenfalls würden wir, mit einem größeren oder geringeren Maß an Schwierigkeiten und Verzögerungen, auf den Beistand der angelsächsischen Mächte rechnen können, wenn wir auf die gleiche Weise und unter den gleichen Bedingungen wie 1914 angegriffen werden würden, wenn also die Geschichte sich selbst wiederholte. Immerhin ist es von diesem Bündnisfall, der für eine offene Gefahr und den schlimmsten Fall vorgesehen ist, recht weit bis zu einem engen und dauernden Bündnis, das im Alltagsleben und bei der unbeschränkten Durchführung des Friedensvertrages eine Rolle spielen würde. Ein solches Bündnis setzt voraus, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien auch weiterhin über Deutschland ebenso dächten wie wir und die deutsche Frage als das Hauptproblem betrachteten; dazu dürften sie aber keine anderen Interessen und Sorgen haben als Frankreich, das vor allem eine kontinentale und europäische Macht ist.

Amerika hat nicht lange gebraucht, bis es zur rein amerikanischen Politik zurückgekehrt ist, aus der es nur durch eine am eigenen Leibe fühlbare Bedrohung herausgerissen werden konnte. Im günstigsten Fall werden die Vereinigten Staaten, wenn sie den Wilsonismus überwunden haben, uns in unsern Bewegungen freie Hand lassen und uns ihre moralische Billigung erteilen, sobald wir eine Politik der Erhaltung und der Ordnung treiben. Wenn sie mit den Ideen des Präsidenten Wilson brechen, so deshalb, weil ihnen die Société des Nations die Furcht einflößt, in die europäischen Verwicklungen hineingezogen zu werden. Es wäre darum unvorsichtig, von ihrer Seite eine tätige Hilfe zu erwarten.

Englands Politik ist die des britischen Weltreiches. Die Erleichterungen, die ihm der Friedensvertrag für die ungemessene Erweiterung seines imperialistischen Programms gewährt hat, haben seine Neigung sogar erhöht, die europäischen Angelegenheiten nur im Zusammenhang der ganzen Weltlage zu betrachten. Wir müssen alles der Regelung unseres Verhältnisses mit Deutschland unterordnen. Für England ist dieses Kapitel abgeschlossen. Seine Sorgen liegen anderswo. Man würde England falsch einschätzen, wenn man von ihm verlangen wollte, die Probleme in der gleichen Rangordnung wie wir zu sehen. Es besteht kein französisch-englisches Bündnis. Es besteht nicht mehr, seitdem die Verpflichtungen des Londoner Vertrages vom September 1914 durch den gemeinsam errungenen Sieg erfüllt worden sind und der Vertrag von Versailles unterzeichnet wurde. Höchstens besteht die Solidarität, die der Vertrag zwischen den Unterzeichnern geschaffen hat, die seine Respektierung fordern müssen — was freilich nicht heißen will, daß sie ihn immer in der gleichen Weise auslegen. Alle Bemühungen, England in eine positive und endgültige Abmachung einzubeziehen, sind bislang gescheitert. Die englische Regierung hat den Vorschlag, einem französisch-belgischen Bündnis beizutreten, höflich abgelehnt. Sie erntete bei einem erheblichen Teil der englischen Presse Lob dafür, einen solchen Vorschlag gebührend (*very properly*) zurückgewiesen zu haben. Alles, was sie tun zu können glaubte, war das Angebot einer fünfjährigen Garantie für Belgien, also gewissermaßen eine Rückkehr zum System der belgischen Neutralität für eine sehr beschränkte Frist. Wie sollte uns das überraschen? Noch am Vorabend des Krieges von 1914 widerstrebt den Engländern ein regelrechtes Bündnis. Wir sind niemals über eine freundschaftliche Verständigung, eine „Entente cordiale“, hinausgekommen. Nachdem Deutsch-

land geschlagen ist, strebt England von neuem danach, sich von den Angelegenheiten des Kontinentes zu entlasten, sie nur aus der Ferne zu überwachen und zu kontrollieren, ohne sich ernstlich in sie einzumischen. Man geht vielleicht zu weit, wenn man von einer Rückkehr zur „splendid isolation“ spräche. England weist nicht das Prinzip der Bündnisse an und für sich zurück, sondern nur die Festlandsbündnisse. Alle seine Sorgen gelten dem Meer. Der Völkerbundsvertrag gibt ihm einen guten Vorwand, um sich Bündnisgesuchen zu entziehen. Trotz des Vertrages indessen zögert es nicht, besondere Vereinbarungen einzugehen, sowie es sich um See- und Kolonialinteressen handelt. Mit Portugal und Japan hat es bereits seine traditionell gewordenen Verträge erneuert. Griechenland ist der Beobachter, den es in das östliche Mittelmeer vorgeschoben hat. Darum können wir uns auch am ehesten in See- und Kolonialfragen mit den Engländern verständigen. Allerdings unter einer Voraussetzung: wir müssen unsere Stellung und unsern Anteil im Orient behalten, so daß wir dort stark sind und nicht als die armen Verwandten erscheinen. Wir dürfen uns dort weder verdrängen noch zu kostspieligen Verpflichtungen verleiten lassen. Noch weniger dürfen wir uns jetzt, wo uns alles gebietet, unsere Kräfte zu konzentrieren, durch das Zusammengehen mit England dazu bringen lassen, uns zu verzetteln, überall die Wache zu beziehen und in entlegenen Gebieten Krieg zu führen, wo vor den großen Zerstörungen niemals ein französischer Soldat erschien und erscheinen mußte. Frankreich muß mit großen Kosten eine mächtige Armee unterhalten, weil es in bezug auf Deutschland nicht die erforderliche Sicherheit besitzt. Frankreich besitzt als einziges unter den Ländern der Entente eine wirkliche militärische Organisation, die niemals als Luxus angesehen werden kann. Für diejenigen, die uns nur allzu gerne

die schwere Last der allgemeinen Wehrpflicht überließen, liegt die Versuchung nahe, daraus Nutzen zu ziehen und uns die undankbarsten Grunddienste aufzuerlegen; man möchte uns das Amt übertragen, die Schläge entgegenzunehmen und die Rachegefühle zu ernten, und das für Sachen, die mit den unsrigen nur in ganz loser Beziehung stehen. Als Büttel im Dienste anderer haben wir uns dann gegen den Vorwurf des Imperialismus und des Militarismus seitens einer unerträglichen Heuchelei zu verteidigen. Das kann nicht so bleiben. Unsere Armee ist ein nationales Kapital, das wir nicht vergeuden dürfen und das wir, wenn wir es herleihen, nur zu den höchsten Zinsen verleihen dürfen, das heißt nur für unsere eigenen Interessen.

England hat selbst zahlreiche Sorgen und zahlreiche Aufgaben, aber es besitzt keine Armee. Es hat die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben, die es nur als zeitweilige Maßnahme während des Krieges zögernd eingeführt hat und die seinen Gewohnheiten widerstrebt. Deutschland und Rußland gegenüber schaltet es jede energische Lösung aus, weist sie zurück oder verschiebt sie auf später. In Kleinasien läßt es gerne Frankreich oder, wenn sich dieses versagt, Griechenland für sich fechten. England hat eben nicht genug Truppen für seinen eigenen Bedarf, für Ägypten, für Indien, für Mesopotamien, für Irland. Wenn die englische Regierung Deutschland und Sowjetrußland gegenüber Schonung und Ausöhnung empfiehlt, ja verlangt, so liegt der Grund nur hierin. Ende Juli 1920 wurde dem englischen Parlament ein Bericht des Marschalls Sir Henry Wilson übergeben, dessen Schlußfolgerungen einleuchtend sind:

Wir müssen aus der Geschichte unseres Feldzuges in Nordrußland eine harte Lehre ziehen. Er beginnt mit der Ausschiffung von 150 Mann

Marineinfanterie im April 1918; ihnen folgten Ende Mai 368 Mann und am 23. Juni 600 Mann Infanterie und Maschinengewehrschützen. Von diesem Tage an folgten sich die Bitten um Verstärkung ununterbrochen, und unsere Verpflichtungen wuchsen im gleichen Maßstabe, ohne daß wir ihnen eine Grenze setzen konnten. Ich glaube, daß das britische Kontingent die Zahl von 18 400 Mann erreichte.

Der mesopotamische Feldzug begann gleichfalls mit der Entsendung zweier Brigaden und nahm schließlich beinahe 900 000 Mann in Anspruch. Aus den 6 Divisionen, mit denen wir in Frankreich und Belgien in den Krieg eintraten, wurden 63, ehe wir den Sieg erlangt hatten. Die Schlußfolgerung ist leicht zu ziehen: wenn ein militärisches Kontingent in Operationen verwickelt ist, so ist es ihm bekanntlich unmöglich, die Ausdehnung seiner Erfordernisse zu begrenzen. Bei dem chaotischen Zustand, in dem sich heute die Welt befindet, wäre es nicht richtig, diesen Grundsatz aus dem Auge zu verlieren, denn wir müssen Bitten um Truppenentsendungen, und wäre es auch nur in Stärke einer oder zweier Kompanien, aus allen Winkeln der Welt erwarten, und mitunter wird es schwierig sein, ihnen nicht zu entsprechen. Wir müssen es heute energisch ablehnen, irgendeiner Bitte dieser Art nachzukommen, die nicht von einem Gliede des britischen Weltreiches ausgesprochen wird, es sei denn, daß eine aufmerksame Prüfung ergibt, daß gegebenenfalls ein solches Ersuchen unseren Verpflichtungen entspricht.

Damit erkennt die höchste militärische Autorität des vereinigten Königreichs das Chaos Europas und die Bedrängnis des englischen Weltreiches an. Die Streitkräfte des englischen Weltreiches sind durch allzu weitläufige und allzu dringliche Bedürfnisse in Anspruch genommen, als daß ihm etwas übrigbliebe, um auf dem europäischen Festland zu figurieren. Außerdem könnte es hier nur figurieren und nicht handeln: Marschall Wilson weiß sehr wohl, daß es von Übel ist, „eine oder zwei Kompanien“ in alle Weltgegenden gleichzeitig zu entsenden. Er erinnert sich sehr wohl daran, daß er uns gebeten hat, in den Ländern, in denen Volksabstimmungen stattfinden, die englischen Soldaten durch die unsrigen abzulösen. Er scheut die Expeditionen, die mit einigen Korporalschaften beginnen und mit Armeekorps aufhören. Im Grunde stellt er fest, wenn auch nur zwischen

den Zeilen seines Berichtes, daß England aus den kontinentalen Fragen infolge des Übermaßes seiner eigenen Lasten ausscheiden muß, auch wenn es keine anderen Gründe hätte, sich zu desinteressieren. Das britische Weltreich hat wirkliche Sorgen, die der Preis für sein ungemessenes Wachstum sind. Es leidet, vielleicht ohne sich darüber Rechenschaft zu geben, ebenfalls darunter, das haben bestehen zu lassen, was hätte zerstört werden müssen, und das zerstört zu haben, was besser erhalten geblieben wäre. Die Bedrängnisse, unter denen England leidet, erschweren seine Politik außerordentlich. Sie belasten sie gleichsam mit einer Hypothek. In einem gewissen Umfange vermindern sie den Wert seines Bündnisses. Wenn England Geschwader hat, die wir nicht besitzen, so haben wir eine Armee, die es ebenso wenig besitzt. Dieser Vergleich stellt die Ebenbürtigkeit wieder her. Damit gewinnen wir aber auch freie Hand.

Ein Soldat wie Marschall Wilson verschließt die Augen nicht vor der Tatsache, daß Europa ein Chaos ist. Das Chaos bedeutet den Mangel an Stabilität und infolgedessen die Bewegung. Die Aussichten wachsen, daß das Gesicht, das der Vertrag von Versailles Europa gegeben zu haben glaubte, nur vorläufig Bestand hat. Die Ereignisse selbst werden uns ohne Zweifel zwingen, ein unvollkommenes und schlecht ausgewogenes Werk neu zu beginnen. Sollte dann Frankreich, das allein die Mittel hat, auf dem Kontinent zum Handeln zu kommen, seine äußere Politik der Englands unterordnen, das nach seinem eigenen Eingeständnis diese Mittel nicht besitzt und sich infolgedessen jedesmal zur Untätigkeit entschließt?

Frankreich verfügt nicht nur — wie lange freilich noch? — über die Mittel zum Handeln. Es besitzt auch Erfahrung in den europäischen Fragen. Es besitzt Ideen und wirksame Lösungen. Warum wird es nicht vor allen anderen befragt?

Warum sind es nicht seine Gesichtspunkte, die vorwiegen? Und warum handelt es nicht entsprechend seiner Unabhängigkeit, wenn es nötig ist? Mit richtigem Instinkt hat Marschall Wilson vorhergesehen, daß die Erschütterung, zu der in Polen bereits das Zeichen gegeben wurde, ihre Folgen haben würde. Viele Dinge müssen neu begonnen werden, wenn man nicht will, daß sie von selbst neu beginnen. Da der Vertrag von Versailles nicht zum Ende geführt hat, „muß man zu Ende führen, was man begonnen hat“, wie ehemals eine Kaiserin gesagt hat. Dazu braucht man das, was den Urhebern des Friedensvertrags gefehlt hat: Methoden und leitende Ideen. Die kommenden Stürme werden beweisen, daß alles unvollendet bleibt, solange Deutschland die politische Macht behält, die jede andere Macht hervorbringt und die ihm früher oder später trotz aller Verbote seine militärische Macht wiedergeben wird. Indessen wird Deutschland selbst inmitten dieser europäischen Stürme zweifellos auch Erschütterungen und Krisen erleiden. Hierbei könnte die französische Politik, ohne durch Fesseln behindert zu sein, die Ereignisse unterstützen und lenken. Seine Doktrin (und ohne eine Doktrin kann man keine Politik machen) ist auf die Erfahrung gegründet und besagt, daß es in Europa keine Ruhe und keine Sicherheit gibt, wenn Deutschland stark bleibt, und daß niemand es hindern wird, stark zu werden, wenn es geeinigt und zentralisiert ist. Das gibt die größte Zeitung der Finanzkreise, der Liberalen und der Anhänger des deutschen Einheitsstaates, die „Frankfurter Zeitung“, zu, wenn sie von den föderalistischen Plänen des Dr. Heim, des Führers der bayrischen Volkspartei, sagt: „Ein föderatives Deutschland nach dem Rezept Heims würde ohne Zweifel in Frankreich Beifall finden, weil es ein ohnmächtiges Deutschland wäre.“ Das ist vortrefflich gesagt. Wir dürfen uns nur aus dieser Sache nicht ausschalten lassen. Und wir

haben das, was dazu erforderlich ist, die Mittel und die Ideen, um Freunde und Feinde im Verfolg der nächsten Ereignisse zu diesem entscheidenden Gesichtspunkt hinzuführen.

*

Wer werden diese Verbündeten sein? Wie werden wir sie finden? Es ist nicht unsere Meinung, daß man um Bündnisse betteln muß. Man erlangt sie durch die Kraft und das Ansehen, das man besitzt, durch die Dienste, die man leisten kann. Man erlangt sie ferner durch die Übereinstimmung der Interessen. Die ehrgeizigsten Systeme sind nicht die beständigsten. Pedetemptim, Schritt für Schritt, das ist der Wahlspruch der Starken und Klugen. Zweig um Zweig werden wir das Rutenbündel sammeln.

Seit der Unterzeichnung des Vertrags von Versailles, oder man kann sogar sagen seit dem Waffenstillstand, ist die Gemeinsamkeit der Kriegszeit nicht wiederhergestellt worden, außer für einige Stunden durch die Herausforderungen und Ungeschicklichkeiten Deutschlands. Das ist nicht erstaunlich, wenn man die Geschichte des einheitlichen Oberbefehls kennt und weiß, welcher Gefahr es bedurft hat, daß am 23. März 1918 der Oberbefehl dem Marschall Foch übergeben wurde. Die heutige Gemeinsamkeit hat nur gelegentlichen Charakter. Sie ist von kurzer Dauer. Wenn der Zwischenfall vorüber ist, der sie hat entstehen lassen, kehrt jeder zu seinen eigenen Angelegenheiten und zu seinen eigenen Gedanken zurück. Die Erinnerungen an den Krieg verblassen und finden ihren Platz in den Geschichtsmuseen. Nur Frankreich und Belgien bleiben, das Gesicht zum Rhein, dauernd zusammengehalten durch dieselbe Sorge um ihre Sicherheit und den gleichen Selbsterhaltungstrieb. Das französisch-belgische Bündnis ist der feste Ausgangspunkt, um den sich andere Bündnisse kristallisieren müssen. Um es

zu knüpfen, bedurfte es indessen langer Monate und der Zwischenstufe einer Militärkonvention. Dieses Bündnis ist auch nicht von selber zustande gekommen; zu seinem Entstehen bedurfte es vielmehr auf beiden Seiten Männer, die die Initiative ergriffen. Es ist einen Augenblick wegen der Luxemburger Frage ins Stocken geraten, als ob diese Frage nicht durch das Bündnis gelöst werden müßte, anstatt daß das Bündnis von ihr abhängig gemacht wurde. Man verlor Zeit damit, eine englisch-französisch-belgische Verbindung zu finden, die England nicht wünschte, als ob es nicht die beste Methode gewesen wäre, die englische Regierung zu interessieren, indem man ihr die vollzogene Tatsache vorgelegt hätte. Schließlich gab es in Belgien selbst Widerstände, die im Parteienkampf wurzelten. All das wird sich anderswo wiederholen können und beweist, daß selbst in den einfachsten, klarsten Fällen, zwischen zwei Völkern, die die gleiche Invasion erlitten haben, deren Erinnerung noch frisch im Gedächtnis haftet, die Verständigung und Zusammenarbeit immer noch Hindernissen begegnet. Man findet am leichtesten Bündnisse gegen jemand oder gegen etwas. Das Bündnis mit Belgien ist auf die Gleichheit der Interessen und Anschauungen gegenüber der deutschen Gefahr gegründet. Andere gemeinsame Gefahren werden uns andere Verbündete zuführen. Diese Gefahren sind nicht nur politischer und militärischer Art. Es gibt auch Gefahren, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich Frankreich in Europa an die Spitze des Widerstandes gegen sie gestellt hat. Es ist zum eigentlichen Land der Ordnung geworden, der Gegenpol des Bolschewismus und der Anarchie. Seit langem, vor allen Dingen aber seit dem Kampf um Warschau, haben wir aufgehört, Revolutionen feilzuhalten. Wir üben keine Anziehungskraft mehr auf Menschen der „Linken“ aus, und die Konservativen aller Welt

richten ihre Augen auf uns. Was ist unsere Revolution von 1789 neben der von Moskau? Die fortschrittlichen Ideen von heute sind die sozialistischen Ideen, die Frankreich um keinen Preis will und die es nicht einmal wollen kann. Sein Charakter, seine Geschichte, sein sozialer Aufbau, kurz alles, verbietet sie ihm. Infolgedessen können wir nur auf dem Wege fortschreiten, auf den uns die Macht der Tatsachen gedrängt hat, wie sie die Menschen ohne ihr Wissen auf diesen Weg brachte, ohne daß sie ahnten, daß sie für den Dienst an einer Reaktion geboren seien. Seitdem zwei alte monarchische Regierungen gestürzt worden sind und an ihre Stelle die Unordnung, das Chaos und eine düstere Verneinung traten — seit diesem Rückfall, dessen Heftigkeit und Schnelligkeit unvergleichlich ist, hat sich die intellektuelle, moralische und politische Stellung des französischen Volkes vollständig gewandelt. Allein durch die Tatsache, daß es blieb, was es war, daß es fortfuhr, in denselben Formen zu leben, ist Frankreich gegenrevolutionär geworden. Es ist von selbst auf dem Wege weitergeschritten, auf den es gewiesen worden war. Es gibt sich nicht immer Rechenschaft darüber, aber einer der schönsten Verse unserer Sprache sagt: „Selten wagt ein Geist das zu sein, was er ist.“ Werden wir wagen, zu sein, was wir sind? Seitdem Frankreich instinktmäßig seine Abneigung gegen den revolutionären Geist kundgetan hat, wie er im zwanzigsten Jahrhundert unter glattweg asiatischen Formen in Erscheinung getreten ist, ist es eine Banalität, zu sagen: Frankreich ist für die ganze Welt zum Lande der Gegenrevolution geworden. Das springt derartig in die Augen und ist so sicher, daß uns das reaktionäre Etikett überall angehängt wird. Im gegenwärtigen Zustand der Welt sollten wir es ruhig beibehalten. Es wird uns zahlreiche Sympathien einbringen, denn niemand trägt es in solchem Glanz und mit solchem Ansehen. Unser moralischer Ruf hat

sich dadurch erneuert. Außerdem gibt es ein wachsendes Bedürfnis nach Ordnung, das kein anderes Land ebenso befriedigen kann. Uns fällt hier eine wichtige Rolle zu. Es ist zugleich die einzige Rolle, die wir übernehmen können. Wenn wir in den alten, aus Zugeständnissen an die revolutionären Ideen zusammengebaenen Radikalismus zurückverfallen, verlieren wir jede Existenzberechtigung. Wir liefen Gefahr, uns ohne Ruhm und ohne Nutzen zwischen die Reaktion und die Revolution zu setzen. Wir überließen den anderen die Nutznießung der Reaktion. Die Liebhaber der Revolution aber werden in Zukunft bestimmt nicht mehr ihre Vorbilder in Frankreich, sondern in der Moskauer Schule suchen. Sehr allmählich, im Laufe eines halben Jahrhunderts, hat die dritte Republik die Entwicklung durchgemacht, die die zweite in einigen Monaten durchlaufen hatte. Nichts ähnelt der Republik von 1848 so wenig wie die Republik von 1849. Der gleiche Unterschied besteht zwischen der Republik, wie wir sie 1920 sehen, und der, die wir vor 1914 und sogar noch während des Krieges gekannt haben. In weitem Umfange hat heute wie vor 72 Jahren der Gegensatz zwischen der vertrauten und natürlichen Festigkeit der französischen Nation und den anarchischen Zudungen in anderen Teilen Europas das Land und seine Regierung in konservativem Sinne umgestimmt und eine konservative Politik im Innern und nach außen hervorgerufen. Wir wollen auch dies zu den Lehren des Krieges rechnen, daß nach dem katastrophalen russischen Experiment die revolutionären Ideen veraltet sind, daß sie die verführerische Anziehung und die Macht verloren haben, die sie 1849 besaßen. Millerand erscheint mit mehr Glück und in einer ungleich günstigeren Atmosphäre wie der weiße Bastide¹ dieser

¹ Jules Bastide, 1848 einer der Leiter der Februarrevolution; 18. Mai bis 20. Dezember 1848 Minister des Auswärtigen.

republikanischen Epoche, den seine Feinde das „Löschhorn“ nannten, weil er überall in Europa das Feuer der Revolution hemmte. Die Umstände sind weit günstiger als damals, um eine umfassende, zugleich nationale und gegenrevolutionäre Politik durchzuführen, dank deren Frankreich seine Kraft wiederkehren und sein Ansehen wachsen sehen wird. Es gibt keinen andern Ausweg aus den unzähligen Schwierigkeiten, die uns der Friedensvertrag hinterlassen hat. Wir wünschen der dritten Republik auf ihrem neuen Weg, auf den sie die Ereignisse gewiesen haben, daß sie nicht schließlich an einer Sinnwidrigkeit scheitert, wie es der zweiten widerfahren ist.